



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Literatur.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Es würde vielleicht sachdienlich sein, wenn Sie demgegenüber öffentlich bezeugten, daß der Artikel herrühre von einem nicht in Berlin wohnenden, völlig unabhängigen Manne, welcher Instruktionen von irgendeinem Ministerium weder empfängt, noch zu befolgen geneigt sein würde; daß ferner der Artikel schon um Mitte Mai d. J. der Redaktion zugegangen sei und daher durch die erst später bekannt gewordenen »Entgegnungen« der Gesellschaften nicht veranlaßt sein könne. Die übrigen verdächtigenden Auslassungen jener Besprechung würden sich damit von selbst erledigen.“

Wir haben hierzu folgendes zu bemerken. Die Berliner Börsenzeitung hat uns ihren Artikel nicht zugesandt, sodaß wir erst aus der Zuschrift unsers Herrn Mitarbeiters von demselben Kenntnis erhalten. Der Inhalt der abgedruckten Zuschrift entspricht durchaus den Thatsachen. Dagegen erlauben wir uns die verehrliche Redaktion der Börsenzeitung darauf aufmerksam zu machen, daß es nicht den Thatsachen entspricht, wenn sie sagt, daß die Grenzboten „bekanntlich schon zu verschiedenen malen mit Arbeiten zur Verteidigung der Politik des Reichskanzlers bedacht“ worden seien, daß vielmehr der Herausgeber und die Mitarbeiter des „Leipziger Journals“ aus Gründen der gesunden Vernunft ihre Aufgabe darin erblickten, energisch und nach besten Kräften für die Politik des Kanzlers einzutreten und zu wirken. Wir stehen doch unsers Wissens sonst hierin mit der Börsenzeitung auf gleichem Boden. Weshalb also der abgeschmackte Vorwurf, der in ihren Worten liegt? Die Börsenzeitung hätte besser gethan, wenn sie versucht hätte, unsern Artikel sachlich zu bekämpfen, sofern sie anderer Meinung war als wir, anstatt sich auf das Niveau eines gewissen Teils der Presse zu begeben, welcher zu verdächtigen sucht, wenn er die Meinung des Gegners nicht zu widerlegen vermag. D. Red.

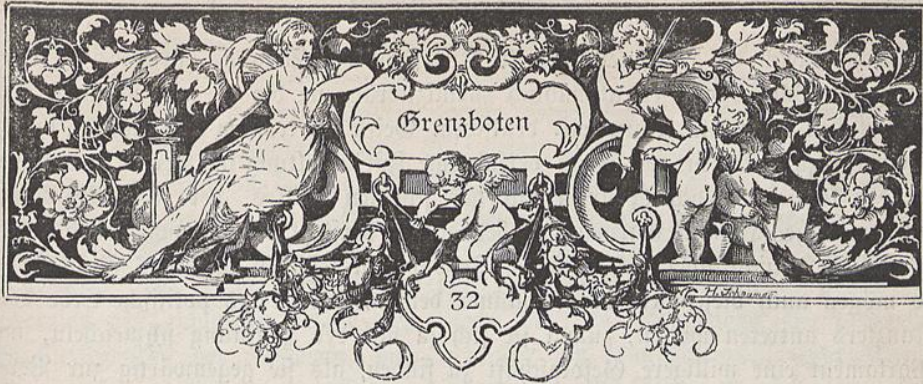


Literatur.

Seelust und Seebad. Eine Anleitung zum Verständnis und Gebrauch der Kurmittel der Nordseeinseln, insbesondere von Rorderney, von Dr. E. Kruse, prakt. Arzt zu Rorderney. Norden und Rorderney, D. Soltau, 1883.

Ein vortreffliches kleines Buch. Auf Grund eigener, im Verkehr mit Kranken gesammelter Erfahrungen schildert der Verfasser in klarster und verständlichster Weise die Wirkungen der Seelust und des kalten und warmen Seebades auf den menschlichen Organismus, bespricht die während des Kuraufenthaltes zu beobachtenden Verhaltensmaßregeln und erörtert eingehend, für welche Krankheiten die Kurmittel des Seebades geeignet und für welche sie völlig ungeeignet sind. Namentlich um des letzten Abschnittes willen empfehlen wir das Buch allen, die sich mit dem Gedanken einer Seelust- oder Seebadkur tragen und über die erste Frage: Ob überhaupt oder ob nicht? noch unsicher sind. Welche Mißgriffe gewöhnliche Hausärzte in der Empfehlung von Bädern begehen, deren Beschaffenheit und Wirkung sie selbst nur oberflächlich kennen, ist leider nur zu bekannt. Kruses Büchlein wird in vielen Fällen die erwähnte Vorfrage besser beantworten als mancher Hausarzt, wird in dem einen Falle beruhigen, im andern warnen, in jedem Falle aber belehren und aufklären. Das Büchlein ist übrigens mit dem nötigen Takt und, was bei einer populären medizinischen Schrift nicht minder hervorgehoben zu werden verdient, außergewöhnlich gut und lesbar geschrieben.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig.
Verlag von F. L. Herbig in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Neuditz-Leipzig.



Engeres und Weiteres.



er einigermaßen die oppositionelle d. h. die liberale Presse in ihren verschiedenen Schattirungen verfolgt, der wird bemerken, daß die Parole gegenwärtig sich hauptsächlich gegen die diplomatische Thätigkeit des Reichskanzlers richtet, damit umso gründlicher für das ursprünglich mißlungene Feldgeschrei: „Weg mit Bismarck“ Vorbereitung getroffen werde. Als dasselbe von der Fortschrittspartei zum erstenmale ausgegeben wurde, da sah sich dieselbe sogar von ihrem gefügigen Philistertroß verlassen, denn es schien auch dem urteilslosesten Fortschrittler eine krasse Verleumdung, daß der Mann, welcher Preußen zur ersten Macht in Deutschland und das deutsche Reich zu einer achtungsgebietenden Macht in Europa erhoben hatte, der gegenüber einer Reihe ringsum liegender feindlicher, kriegslustiger Staaten nicht nur bereits seit zwölf Jahren den Frieden erhalten hat, sondern durch die Aushahnung eines engen Bündnisses mit Oesterreich und einer Vereinbarung mit Italien auf eine längere Zeit als denkbar das Vaterland vor Krieg bewahrt — daß dieser Mann von seinem politischen Genius verlassen sein sollte. Jetzt sind unter mühevoller Arbeit und unter Aufopferung der Gesundheit des leitenden Staatsmannes die Grundlagen einer friedenssichernden Politik gewonnen, und es erscheint deshalb der Zeitpunkt mehr als je gegeben, um die Erbschaft anzutreten und mühelos die Früchte zu genießen, die der vorsorgliche Erblasser aufgespeichert hat. Daher jetzt von allen Seiten der Angriff auf die diplomatische Tüchtigkeit des Kanzlers.

Zunächst muß noch bezweifelt werden, ob es bloß ein Kinder- und Narrenspiel sein wird, den Frieden, der so genial vorbereitet ist, auch zu wahren. Bekanntlich heißt es: „Zu erobern, Herr, ist leicht, das Eroberte erhalten, dieses ist das schwerere.“ Noch bedürfen wir der Meisterhand, die es versteht, im

deutschen Reich die so schnell geweckte Eifersucht der Stämme durch weise Schonung der Bundesgenossen allmählich zurückzudrängen; die es auch versteht, den preussischen Partikularismus mit deutschem Geiste zu tränken und nicht da durch Hochmut zu verletzen, wo durch verständige Zurückhaltung die Herzen gewonnen werden können. Noch bedürfen wir des scharfen Blickes, der jedes Wölkchen am politischen Himmel Europas zu beobachten versteht und sich von der Wetterkonstellation nicht überraschen läßt. Jedoch dem Kühnen hilft das Glück, und so mögen auch diejenigen Staatsmänner denken, welche das politische Erbe des Kanzlers antreten wollen, zumal sie sich ja mit der Hoffnung schmeicheln, im Parlament eine willigere Gefolgschaft zu finden, als sie gegenwärtig zur Verfügung der Regierung steht, vorausgesetzt, daß sie in stande sein werden, alle die ehrgeizigen Wünsche ihrer Freunde zu befriedigen.

Fragen wir, worin die Opposition die diplomatischen Schlappen, die der Kanzler erlitten haben soll, erblickt, so brauchen wir nur irgend ein fortschrittliches oder secessionistisches Blatt vorzunehmen, um sofort die beiden schwarzen Punkte zu erkennen. Es sind: der Kampf mit Rom und die Handelsverträge. Der „Vatikan“ und der *Moniteur de Rome* können sich bessere Bundesgenossen garnicht wünschen als unsre Oppositionsblätter, wenn es gilt, die Regierung des Reichs zu verkleinern und herabzusetzen.

Es kann nun ganz außer Acht bleiben, welche besondern Vorteile die liberalen Parteien aus dem Kulturkampf gezogen haben. Von Luthers Zeiten her fühlt sich jedes protestantische Gemüt hoch erregt, gegen Rom und das Papsttum zu kämpfen, und so hoch ist die Kampfesfreude und die Lust, daß über dem persönlichen Mut oft die Feldherrnkunst vergessen und übersehen wird, wie mächtig und befestigt die Position des Feindes ist. Wir sind der Meinung, daß die Mittel, mit welchen der Kulturkampf in Preußen geführt worden ist, nicht geeignet waren, für immer die Beseitigung des römischen Einflusses in Deutschland zu bewirken, daß es verkehrt war, zu hoffen, es werde das katholische Volk auf die Seite der Regierung treten, wenn man es durch Verfassung der religiösen Spenden zwingen würde, daß es thöricht war, zu glauben, es werde der Vatikan bemüht sein, die geistliche Not seiner Glaubensbrüder zu lindern. Mit solchen kleinen Mitteln rechnet man in Rom nicht. Die katholische Kirche hat im Mittelalter Jahrzehnte lang das Interdikt über ganze Städte und Länder verhängt, bloß um einzelne widerspenstige Fürsten zu zwingen; die Gewissensnot der Völker hat dabei nie eine Rolle gespielt. Diese Politik herrscht auch heute noch in der leoninischen Stadt. Nicht die Kirche, sondern der Staat mußte sich zuletzt der religiösen Bedrängnisse seiner Angehörigen erbarmen, und deshalb war es nicht richtig, daß man durch die Verbote des Messelesens und Sakramentspendens solche Bedrängnisse möglich machte. Aber nichtsdestoweniger würde der Kampf gegen die Kurie keine Unterbrechung erlitten haben und die Auseinandersetzung des protestantischen Kaisertums mit Rom eine endgiltige geworden

sein, wenn nicht die Regierung bez. der Reichskanzler von den Liberalen, die ihm jetzt die Fehler seiner Politik vorwerfen, verlassen worden wären. Wir schweigen von der Fortschrittspartei, deren Verhalten in den kirchenpolitischen Kämpfen ein doppelzüngiges war. Wir erinnern nur daran, wie der Reichskanzler vergeblich von der nationalliberalen Mehrheit eine Unterstützung für seine Steuerpläne forderte. Die verschiedensten Projekte wurden vorgelegt und abgelehnt. Wir erinnern ferner an die Forderung der Regierung bezüglich des Zolltarifs. In keiner dieser Fragen war eine Verständigung mit den Nationalliberalen ausgeschlossen. Aber diese Partei wollte die Gelegenheit oder vielmehr die Verlegenheit der Regierung dazu benutzen, um „konstitutionelle Garantien“ zu erlangen, d. h. um an Stelle der verfassungsmäßigen Vereinbarung der Gesetze zwischen Bundesrat und Reichstag die parlamentarische Herrschaft des modernen Konstitutionalismus von Frankreich und Italien zu erzwingen. Das war ein Wendepunkt in der Verfassungsgeschichte Deutschlands und Preußens. Wer die Früchte sieht, die diese parlamentarische Herrschaft zeitigt in den Ländern, wo sie seit Jahren in Blüte steht, der mußte sich sagen, daß ein von Kaiser Wilhelm ernannter Reichskanzler nimmermehr sich dazu verstehen konnte, die Rechte der Krone schmälern und das Königtum zu Gunsten wechselnder Parlamentsmehrheiten abdanken zu lassen.

Da fanden sich unter der Führung des Freiherrn von Barnbüler die 204 im Reichstage, welche geneigt waren, dem Reiche Hilfe zu bringen, darunter das Zentrum, nicht aus Neigung, sondern in wohlverstandener Rücksicht auf die materiellen Bedürfnisse seiner Wählerschaft, welche eines Schutzes ihrer Industrie bedurfte. Von da ab mußte natürlich der Kulturkampf eine andre Richtung nehmen, umso mehr als die Regierung da, wo sie auch nach dieser Zeit noch gegen die Übergriffe des Zentrums und Roms auftreten wollte, von ihren frühern Bundesgenossen verlassen wurde; wir erinnern nur an die Annahme der Windthorst'schen Anträge im Reichs- und Landtage, in der letzten und vorletzten Session. Das sind keine Deduktionen, das sind Thatsachen. Der Versuch, zu einer Emanzipation der deutschen Katholiken von Rom zu kommen, scheiterte daran, daß die Volksvertreter die Schicksale ihrer Partei höher stellten als die des Reiches, freilich ohne den erwarteten Erfolg. Es wäre also geziemender, wenn die Reste jener Majorität in dieser Frage nicht allzusehr die Regierung mit Steinen würfen; das Glashaus, in dem jene sitzen, ist nicht sehr weit davon.

Den zweiten politischen Mißgriff wirft die liberale Presse der Reichsregierung in Bezug auf die Handelsverträge vor, und der gegenwärtig mit Spanien abgeschlossene hat besonders viel Staub aufgewirbelt. Hier ist das Verfahren der Opposition von hervorragendem psychologischen Interesse. Als der Vertrag mit Spanien ablief und die Erneuerung desselben noch ungewiß war, da erschienen in den großen liberalen Blättern Artikel über Artikel, welche

die Notwendigkeit des Vertrages für unsern Handelsstand nachwiesen und das große Interesse desselben an dem Abschluß unter Abdruck von Eingaben aus den verschiedensten Kreisen darlegten. Graf Benomar, der spanische Gesandte in Berlin, konnte sich keinen bessern Bundesgenossen für das Durchbringen seiner Forderungen wünschen, denn wenn Deutschland so stark bei dem Vertragsabschluß beteiligt war, dann mußte es sich auch zu jeder Konzession bereit erklären, und nach Art der südländischen Völker wurden die Offerten jederzeit als Aufschläge betrachtet, an denen man etwas abhandeln mußte. Bei einem Teil der Presse mag dies Verhalten auf Mangel an Takt zurückzuführen sein, bei einem andern aber lag offenbar der Wunsch zu Grunde, den Abschluß zu erschweren und alsdann die Schuld der Regierung und ihrer verhängnisvollen Zollpolitik zuzuschieben. Als die Verhandlungen gescheitert schienen, fehlte es auch nicht an Variationen dieses Leitmotivs. Endlich ist es nach vieler Mühe und trotz vieler Hindernisse gelungen — was England vergeblich anstrebte —, mit Spanien das Vertragsverhältnis wieder herzustellen, und sofort werden gewisse Konzessionen als eine politische Niederlage des Reichs bezeichnet.

Nun ist es einleuchtend, daß bei einem solchen Vertrage Vorteile und Konzessionen einander die Waagschaale halten und daß man es Spanien nicht verargen kann, wenn es nicht bloß zu Gunsten der in der liberalen Presse so lebhaft vertretenen Interessen des deutschen Handelsstandes Vereinbarungen eingehen will. Auch auf Seiten der Reichsregierung wird man es billigerswerter finden, wenn sie der Textilindustrie des deutschen Zollvereins ihren bisherigen Export sicherte, als auf deren Sicherung zu Gunsten des halben Duzends russischer Spritveredler in Hamburg verzichtete. Thut nichts, der Kanzler wird verbrannt! Es kommt aber vor allem in Betracht, daß diejenigen Staaten, deren heimische Industrie erst in der Entwicklung begriffen ist, sich an den früheren Fehlern der deutschen Freihandels- und Zollpolitik eine Lehre gekauft haben. Ein konkurrenzstärkeres Land wird großmütig dem Vertragsgegner alle möglichen Konzessionen machen, denn diese stehen eigentlich nur auf dem Papier, in Wahrheit bedeuten sie nichts. Ein Land, das seine Industrie zu schützen allen Grund hat, ist mit Bewilligung von Handels- und Zollvorteilen zurückhaltend. Unter solchen Verhältnissen erscheint das Erreichte auch als das wirklich Erreichbare.

In der letzten Reichstagsession hat der Reichskanzler einen Handelsvertrag mit Mexiko ermöglicht und durch denselben die Amerikaner zu Gunsten des deutschen Handels aus dem Felde geschlagen, einen Handelsvertrag mit Serbien herbeigeführt und dadurch Österreich gegenüber für die deutschen Interessen die größten Vorteile erlangt, in Spanien dasselbe glückliche Ergebnis dem englischen Rivalen gegenüber erreicht. Es ist endlich im wesentlichen der alte Handelsvertrag mit Italien erneuert worden. Wir sollten meinen, daß das in einer kurzen Spanne Zeit Resultate sind, wie sie keine andre Nation aufzuweisen

hat. Freilich, keine andre Nation hat auch einen solchen Staatsmann wie den Fürsten Bismarck an der Spitze; aber keine andre Nation würde es auch dulden, daß ein solcher Staatsmann im eignen Lande geschmäht und verletzert wird.



Glossen zu den modernen Kreditbestrebungen.



ine gewisse Richtung der Geschichtschreibung, die, soweit sie nicht überhaupt nur fremde Anschauungen und Urteile nachbetet, besonders angesichts der sozialpolitischen Vorgänge und Bestrebungen völlig urteilslos ist, steigert gewöhnlich ihre Urteilslosigkeit zur Unzurechnungsfähigkeit angesichts von Erscheinungen des Mittelalters, die mit den staatsfinanziellen Krisen unsrer Zeit unter einen und denselben Begriff zu stellen sind. Der deutsche und böhmische König Wenzel z. B. verdankt seinen übeln Ruf als Regent wesentlich jenen kritischen Vorgängen wirtschaftspolitischer Art, welche endlich zu entscheidenden Maßregeln zwangen, um wenigstens die völlige Auflösung aller sozialen Zusammenhänge zu vermeiden. Den politischen Verhältnissen, die in Wechselwirkung mit der sozialen Krisis des vierzehnten Jahrhunderts standen, war nun freilich König Wenzel nicht entfernt gewachsen. Aber dies könnte ihm ein unparteiischer und urteilsfähiger Geschichtschreiber, der zugleich die politische Konstruktion des heiligen römischen Reiches deutscher Nation zu jener Zeit im Auge hat, garnicht zum Vorwurf machen; denn man kann schon ein recht bedeutender Geist und Charakter sein und doch Verhältnissen, wie sie damals bestanden, unterliegen. Indes nach dieser Richtung hin findet sich die gewöhnliche Geschichtschreibung mit diesem Reichsoberhaupt auch einfach ab, indem sie achselzuckend die Unfähigkeit desselben als unbestreitbar und unbestritten annimmt. Nur wenn diese Geschichtschreibung auf die positiven sozialpolitischen Maßnahmen kommt, die unter Wenzel und natürlich mit seiner Beistimmung getroffen wurden, nennt sie seine Regierung eine erbärmliche.

Es handelt sich um die große sozialpolitische Maßregel der Aufhebung der „Judenschulden“ in den Reichskreisen, in denen das „Kreditwesen“ sich längst zur sozialpolitischen Einrichtung gestaltet hatte. Freilich, wenn man jene Maßregel so ohne alle politische und wirtschaftliche Beziehung hinstellt, wie dies z. B. Rabbi Grätz in seiner famosen Geschichte der Juden thut, und wie seine blinden Nachbeter es weiter verbreiten, wirkt sie selbst für das Zeitalter der „Konversionen“ verblüffend. Bei näherer Betrachtung indes und bei genauerer